

und Gewalt 3/2018, S. 262-270

Kreyenbroek, Philip G.: Yezidism in Europe. Different Generations Speak about Their Religion. Wiesbaden 2009

Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Weinheim und Basel 2002

Munoz, Alex; Shanks, Kelsey: The impact of internal displacement in the Kurdistan Region of Iraq. Internally displaced people, interethnic relations and social cohesion in Duhok. In: Yacobi, Haim; Nasasra, Mansour: Routledge Handbook on Middle East Cities. London 2019, S. 334-352

Schirilla, Nausikaa: Dekolonialisierung des Wissens. Indigenes Wissen, Menschenrechte und Soziale Arbeit. In: Spatscheck, Christian; Steckelberg, Claudia: Menschenrechte und Soziale Arbeit. Konzeptionelle Grundlagen, Gestaltungsfelder und Umsetzung einer Realutopie. Opladen, Berlin und Toronto 2018, S. 109-121

Spät, Eszter: Gifts from the Sky. Yezidi Sacred Objects as Symbols of Power, Tools of Healing and Seals of Divine Favour. In: Pócs, Éva: Charms and Charming. Studies on Magic in Everyday Life. Ljubljana 2019, S. 213-237

Straub, Ute: Indigene Ansätze in der Sozialen Arbeit. In: <https://www.socialnet.de/lexikon/Indigene-Ansaetze-in-der-Sozialen-Arbeit> (veröffentlicht 2020, abgerufen am 1.3.2021)

Tagay, Şefik; Ortaç, Serhat: Die Eziden und das Ezidentum. Geschichte und Gegenwart einer vom Untergang bedrohten Religion. Hamburg 2019

Yıldırım, Caner; Gürbey, Gülistan: Das energiepolitische Potential Irakischn-Kurdistan. In: Seufert, Günter: Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorialherrschaft des „Islamischen Staates“. Die Grenzen kurdischer Politik. Berlin 2018, S. 28-45

ALLGEMEINES

Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt. Um im „Superwahljahr“ 2021 ein Zeichen für mehr Demokratie zu setzen, hat der Sozialverband VdK gemeinsam mit über 400 Initiativen, Einrichtungen und Verbänden aus den Bereichen der Behindertenhilfe und der Sozialen Psychiatrie eine Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt unterzeichnet. Diese wendet sich gegen Hetze und Stimmungsmache rechter Akteur*innen wie unter anderem der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), die in ihren Reihen Menschen- und Lebensfeindlichkeit dulde und Nationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus fördere. Was in Deutschland lange als überwinden galt, sei damit wieder an der Tagesordnung: Hass und Gewalt gegen Menschen aufgrund von Behinderung, psychischer oder physischer Krankheit, Religion, Weltanschauung, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Da es auf jede Stimme ankomme, sei es wichtig, zur Wahl zu gehen. Die Erklärung und eine Wahlhilfe in Leichter Sprache sind im Internet unter www.wir-fmv.org einsehbar. *Quelle: Mitteilung des VdK vom 2.3.2021*

Datenreport 2021. Am 10. März dieses Jahres erschien der u. a. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) herausgegebene Datenreport 2021. Dieser bietet, basierend auf Daten der amtlichen Statistik, Informationen zu den Lebensbedingungen und den Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland. Mit 44 Prozent habe sich der dauerhaft von Armut bedrohte Bevölkerungsanteil gegenüber dem Jahr 1998 beinahe verdoppelt. Durch Corona in finanzielle Schwierigkeiten geraten seien vor allem Alleinerziehende, Selbstständige, geringqualifizierte Menschen und jene, die nach Deutschland zugewandert seien. Beobachten lasse sich auch, dass noch immer 90 Prozent der Elternzeitmonate von Müttern genommen würden, was berufliche Nachteile mit sich bringe. Der Datenreport, der unter anderem auch Themen wie Bildung, Gesundheit und politische sowie gesellschaftliche Partizipation beleuchtet, findet sich im Internet unter www.bpb.de/shop/. *Quelle: www.wzb.eu*

SOZIALES

Neue EU-Strategie für Menschen mit Behinderung. Nach Auslaufen der Europäischen Strategie 2010-2020 hat die Europäische Kommission die neue Strategie 2021-2030 vorgelegt, um Menschen mit Behinderung eine möglichst uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft zu gewährleisten. Vorgesehen ist, bis Ende des Jahres 2023 einen Europäischen Behindertenausweis einzuführen, der die Wahrnehmung des Rechts auf Freizügigkeit unterstützen soll. Parallel zu einer Initiative für die Verbesserung spezifischer sozialer Dienste werde die Kommission Leitlinien für die Förderung eines unabhän-

gigen Lebens entwickeln. Weitere Ziele bestehen darin, die Barrierefreiheit zu intensivieren, Menschen mit Behinderung vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen und ihnen Chancengleichheit und einen gleichberechtigten Zugang zu Justiz, Bildung, Kultur, Sport, Tourismus und Gesundheitsdiensten sowie zur Beschäftigung zu garantieren. *Quelle: Pressemitteilung der Diakonie Deutschland und des Bundesverbandes evangelische Behindertenhilfe vom 3.3.2021*

Kostenlose Aktionsmittel zum Aktionstag am 5. Mai 2021. Anlässlich des am 5. Mai dieses Jahres stattfindenden Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung finden im Zeitraum vom 24. April bis 9. Mai unter dem Motto „Deine Stimme für Inklusion – mach mit!“ bundesweit Podiumsdiskussionen, Informationsgespräche und Demonstrationen statt. Für die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Kontext stellt die Aktion Mensch kostenlose Materialien wie beispielsweise Fensterbanner, Postkarten, Broschüren, Bleistifte, Luftballons oder Aufkleber zur Verfügung. Darüber hinaus können finanzielle Fördermittel für digitale oder analoge Initiativen beantragt werden. Zu den Formularen geht es unter www.aktion-mensch.de (Was du tun kannst/Starte dein soziales Projekt). *Quelle: Presseinformation der Aktion Mensch vom 15.3.2021*

GESUNDHEIT

Kampagne zur Sensibilisierung junger Menschen über die Risiken des Alkoholkonsums. Obwohl nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes die Anzahl der Alkoholintoxikationen mit Krankenhausaufenthalt bei den 10- bis 19-Jährigen mit 20.272 Fällen im Jahr 2019 weiter rückläufig ist, haben die Fälle von Alkoholvergiftungen in der Altersgruppe der 10- bis 14-Jährigen zugenommen. Vor diesem Hintergrund warnt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) mit der Kampagne „Null Alkohol – Voll Power“ junge Menschen vor den Risiken des Alkohols. Auf den Internetseiten www.null-alkohol-voll-power.de und www.kenn-dein-limit.info finden sich Informationen, Tutorials, Rezepte für alkoholfreie Cocktails, Tests zur Selbsteinschätzung und ein 14-Tage-Programm zur Reduzierung des Alkoholkonsums. *Quelle: Pressemitteilung der BZgA vom 3.3.2021*

Hochschule trifft Praxis: Niedersächsische Vernetzungstreffen „Perspektiven Sozialer Arbeit in Palliative Care“. Am 22. Januar 2021 fand an der Fakultät V – Diakonie, Gesundheit und Soziales – das 1. Niedersächsische Vernetzungstreffen „Perspektiven Sozialer Arbeit in Palliative Care“ statt. Der Online-Fachtag wurde von 64 Teilnehmer*innen aus ganz Niedersachsen virtuell besucht, darunter 40 Praktiker*innen, 21 Studierende und drei Lehrende. Professorin Dr. Verena Begemann hat die neue Veranstaltungsreihe ins Leben

gerufen und nach der offiziellen Begrüßung in ihrem Eröffnungsvortrag über Haltungsbilder in der hospizlichen Sozialarbeit gesprochen. Danach fand ein digitaler Austausch zwischen Praktiker*innen und Studierenden in sechs Workshops statt, die sich je einem Handlungsfeld Sozialer Arbeit in Palliative Care widmeten und von Praktiker*innen der Hospiz- und Palliativpraxis und der als Mitorganisatorin beteiligten Verwaltungsprofessorin Susan Vogel geleitet wurden. Abgerundet wurde der Fachtag mit einer Fishbowl-Diskussion im Plenum. Die Auftaktveranstaltung stieß bei den Teilnehmer*innen auf positive Resonanz. Das nächste digitale Vernetzungstreffen findet bereits am 4. Juni 2021 statt (Kontakt für Anmeldung: verena.begemann@hs-hannover.de). *Quelle: Newsletter der Hochschule Hannover, Ausgabe 2/2021 vom 26.2.2021*

Informationen über Demenz in arabischer Sprache. Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz hat ihre Website zum Thema Demenz nun auch um Hinweise in arabischer Sprache erweitert. Auf der Internetseite www.demenz-und-migration.de finden betroffene Familien sowie Fachkräfte in der Beratung und der Altenhilfe Informationen und Materialien über Demenz, Migration und Kultursensibilität. Im Einzelnen geht es beispielsweise um die Ursachen und Symptome der Erkrankung, um die Diagnose und Therapie, um den islamischen Glauben und um die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu beachtenden Besonderheiten. Eine Netzwerkkarte bietet einen Überblick über Anlaufstellen für Menschen mit Migrationshintergrund. *Quelle: Mitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom 15.3.2021*

JUGEND UND FAMILIE

Empfehlungen zur Unterstützung von Familien in der Corona-Pandemie. Um Familien angesichts der Corona-Pandemie zu unterstützen, hat die vom Bundesfamilienministerium für die Erstellung des Neunten Familienberichts eingesetzte Sachverständigenkommission einige Empfehlungen erarbeitet. Im Sinne einer egalitären Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit sei es wichtig, die Anreize für eine geringfügige Erwerbstätigkeit von Müttern zu mindern, aus dem Ehegattensplitting auszusteigen und die Vergünstigungen für die sogenannten Minijobs zu verringern. Darüber hinaus müsse die Höhe des Elterngeldes und die Anzahl individuell gewählter Elternzeitmonate steigen, damit Väter sich für eine längere Elternzeit entscheiden. Ferner bedürfe es eines Ausbaus der Ganztagsbetreuung von Kindern im Krippenalter bis zum Ende der Grundschulzeit, gerechterer Bildungschancen unabhängig von der Herkunft und einer angemessenen Förderung der Kinder. Beispielsweise könne man durch multiprofessionelle Teams an Schulen die Vermittlung gesundheitsbezogener, digitaler, sozialer und persönlicher Kompetenzen stärken. Mit Blick auf

die hohe Anzahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften sei es zudem auch ratsam, Elternteile, die nicht die biologischen Eltern sind, rechtlich besser anzuerkennen und ein echtes Sorgerecht für mehr als zwei sorgende Elternteile zu ermöglichen. *Quelle: Pressemitteilung des DJI vom 3.3.2021*

Inklusive digitale Alltagshilfen für Jugendliche.

Im Kontext des Forschungsprojekts „INTIA – Inklusive Entwicklung von Methoden und Technologien für Hilfen zur Alltagsbewältigung in der Behinderten- und Erziehungshilfe“ erprobt die TH Köln unter dem Motto „Meine Idee. Meine Lösung“ seit Mai 2019 partizipative Methoden, mit denen junge Menschen in stationären Einrichtungen selbständig Technologien zur Alltagsbewältigung entwickeln können. Aufgrund der coronabedingten Kontaktbeschränkungen entwickelten die Forscher*innen sogenannte „Probe Kits“ beziehungsweise digital übermittelte Fragen und Forschungsaufträge, welche die Jugendlichen in die Lage versetzen, ihr Umfeld zu beschreiben und zu reflektieren. In einem nächsten Schritt sollen sie ein „Technik Kit“ bekommen, mit dem sie erste Geräte bauen können wie beispielsweise ein einfaches Rufsystem, um die Betreuungspersonen besser erreichen zu können. Die gewonnenen Erkenntnisse werden nach dem Projektabschluss als frei verfügbare Workshop-Konzepte und als Open Source Technologien zur Verfügung gestellt. *Quelle: Pressemitteilung der TH Köln vom 26.2.2021*

Stellungnahme zum Bundesratsbeschluss über die Reform der Kinder- und Jugendhilfe.

In einer gemeinsamen Stellungnahme kritisieren Fachverbände der Erziehungshilfe, Jugendhilfe und Familientherapie die am 12. Februar dieses Jahres veröffentlichten Kommentierungen des Bundesrats zu den Plänen der Bundesregierung für eine umfassende Reform der Kinder- und Jugendhilfe. Die Verbände fordern, drei Empfehlungen des Bundesrates zu streichen. Die Aufnahme einer Warnpflicht der Jugendämter bei abstrakten Kindeswohlgefährdungen in das Sozialgesetzbuch VIII sei nicht ratsam, da die Bereitschaft, sich dem Jugendamt gegenüber zu öffnen, Vertrauen voraussetze. Auch die für Situationen eines Gefährdungsverdachts vorgeschlagene Informationspflicht von Berufsgeheimnisträger*innen gegenüber dem Jugendamt müsse zurückgenommen werden, denn sie schüre Ängste vor dem Hilfesystem und könne in manchen Fällen sogar den Weg zum Schutz verbauen. Darüber hinaus monieren die Verbände, eine Herabsetzung der Datenschutzwelle für den interkollegialen Austausch von Fachkräften könne Vertrauensbeziehungen wie die zwischen Ärzt*innen und Kindern oder Eltern gefährden. *Quelle: www.dijuf.de*

Impulspapier des Betroffenenrates zum Tatkontext Familie.

Um eine breitere Diskussion zum Problem der psychischen, physischen und sexualisierten Gewalt

in Familien anzuregen, veröffentlichte der Betroffenenrat beim Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) am 15. März diesen Jahres ein 11-seitiges Impulspapier mit dem Titel „Tatort Familie“. Nötig sei es unter anderem, betroffenen Kindern bereits vor der Volljährigkeit das Recht einzuräumen, ein von den Eltern losgelöstes Leben zu führen und in ein Heim, betreutes Wohnen oder eine Wahlfamilie umzuziehen, ohne dass die Sorgeberechtigten zustimmen müssten und ohne dass eine nachweisbare akute Kindeswohlgefährdung bestehe. Da Strafverfahren aufgrund mangelnder Beweise meist eingestellt würden, bedürfe es ohne weitere Erklärungen eines Anspruchs auf elternunabhängige Ausbildungsförderung. Zudem müsse es ermöglicht werden, einen Antrag auf Grundsicherung auch dann stellen zu können, wenn die Sorgeberechtigten einem unter 25-jährigen Kind Wohnraum zur Verfügung stellen. Das Impulspapier findet sich im Internet unter <https://beauftragter-missbrauch.de> (Betroffenerrat/Der-Betroffenerrat/aus-unserer-sicht). *Quelle: Pressemitteilung des Betroffenenrates vom 15.3.2021*

AUSBILDUNG UND BERUF

Befragung zur Nutzung digitaler Technologien im ersten Lockdown.

Anhand einer im Mai und Juni 2020 realisierten Zusatzbefragung im Nationalen Bildungspanel (NEPS) untersuchte das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (IflBi), wie sich der erste Corona-Lockdown auf die Nutzung digitaler Technologien in der Arbeitswelt auswirkte. Die Hälfte der 1.799 befragten Erwerbstätigen gab an, in den ersten zwei Monaten der Pandemie digitale Technologien wie Videomeetings und virtuelle Konferenzen häufiger als zuvor genutzt zu haben. Dies betraf mit 70 Prozent vor allem Menschen mit „analytischen“ Tätigkeiten, bei denen Schreiben, Lesen, Rechnen und IT-Kenntnisse hoch relevant seien sowie mit 63 Prozent jene mit interaktiven Tätigkeiten. Im Gegensatz dazu erlebten manuell Beschäftigte seltener eine Verstärkung und manchmal sogar einen Rückgang der Technologienutzung und Digitalisierung. Zugleich zeigte sich, dass vor allem im Homeoffice die digitalen Technologien häufiger Einsatz finden. Um diese „digitale Spaltung“ zu verringern, sei es wichtig, die zunehmend auch für die Weiterbildung genutzte Digitalisierung so zu steuern, dass möglichst viele Berufstätige davon profitierten. Siehe auch www.iflbi.de/Corona. *Quelle: Mitteilung des IflBi vom 11.3.2021*

Brief an Studierende und Lehrende der Sozialen Arbeit.

Um angesichts der rechtsterroristischen Mordanschläge von Halle und Hanau und des Mordes an George Floyd in den USA Impulse für eine weitergehende hochschulinterne Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus zu setzen, hat die Fachgruppe Flucht, Migration, Rassismus- und Antisemitismuskritik der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) einen Brief an

Studierende und Lehrende der Sozialen Arbeit sowie der Sozial- und Erziehungswissenschaften veröffentlicht. Da auch Hochschulen und Universitäten nicht frei von Rassismus seien, wolle man im Sinne einer pluralen und demokratischen Gesellschaft das gemeinsame Lernen und Lehren so gestalten, dass eine diskriminierungsfreie Teilhabe für alle möglich sei. Empfohlen wird unter anderem, das Thema Rassismus strukturell im Studium zu verankern, auf eine rassismuskritische Personal- und Organisationsentwicklung hinzuwirken, sich mit lokalen, internationalen sowie theoretischen Perspektiven mit der Problematik zu befassen und die vielfältigen Formen von Ungleichheiten im Zusammenhang mit der Corona-Situation in den Blick zu nehmen. Der Brief kann im Internet unter www.dgsa.de (Aktuelles aus der DGSA/ Fachgruppe Migraas) eingesehen werden. *Quelle: www.dgsa.de*

Studie zur Arbeitsbelastung von Fachkräften der Sozialen Arbeit. Anlässlich des Internationalen Tages der Sozialen Arbeit am 16. März präsentierte die Hochschule Fulda die Ergebnisse der unter dem Titel „SOZIALE ARBEIT MACHT GESELLSCHAFT“ veröffentlichten zweiten Untersuchung der Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit während der Corona-Pandemie. Die zwischen 9. November und 6. Dezember 2020 realisierte Online-Befragung von 3.064 hauptamtlich Beschäftigten habe ergeben, dass im Gegensatz zum ersten Lockdown die meisten Einrichtungen der Sozialen Arbeit geöffnet waren. Als besonders stark wahrgenommen wurde die Nachfrage nach Angeboten für Menschen in prekären Lebenslagen wie beispielsweise in der Wohnungslosenhilfe und im Sozialdienst in Alten- und Pflegeeinrichtungen. Damit sei die Arbeitsbelastung insgesamt gestiegen, so dass bei mehr als einem Drittel der Befragten die Zahl der Adressat*innen zugenommen habe und knapp 30 Prozent länger als vertraglich vereinbart arbeiten mussten. Da die Leitungskräfte den Angehörigen der Risikogruppe häufig Schutzmaßnahmen verweigerten, obliege deren Einhaltung meist den Teams selbst. Wichtig sei es, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Finanzmittel für deren weitere Erforschung zu erhöhen. *Quelle: ver.di-Medieninfo vom 16.3.2021*

Die Präsenzveranstaltungen finden vorbehaltlich der zum Veranstaltungstermin geltenden Hygieneregulungen statt.

4.6.2021 Berlin. Professionelle Bindungs- und Beziehungsgestaltung – interdisziplinäre Perspektiven. Information: Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH, Klinikum Neukölln, Festsaal, Zadekstr. 53, 12351 Berlin, E-Mail: yonca.izat@vivantes.de

18.6.2021 Köln. Die personale Begegnung als Wirkfaktor – der Personenzentrierte Ansatz heute. 50 Jahre Gesellschaft für personenzentrierte Psychotherapie und Beratung (GwG) – Jubiläumskongress. Information: GwG e. V. Melaten-gürtel 127, 50825 Köln, Tel.: 0221/22 80, E-Mail: cologne@steigenberger.com

2.-3.7.2021 Freiburg. Case Management und Sozialraumorientierung. 16. Fachkongress der Deutschen Gesellschaft für Care und Case Management. Information: Deutsche Gesellschaft für Care und Case Management (DGCC) e. V., Saarstr. 3, 55122 Mainz, Tel. 01522/868 22 80, E-Mail: info@dgcc.de

8.-9.7.2021 Klagenfurt (Österreich). Wie wollen wir ARBEITEN? Berufliches Lernen zwischen Tradition und Transformation. 7. Berufsbildungsforschungskongress (BBFK) 2021. Information: Österreichische Berufsbildungsforschungskonferenz, c/o Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Universitätsstraße 65-67, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Tel.: +43 463/27 00 12 42, E-Mail: info@bbfk.at

18.-19.7.2021 Bern (Schweiz). Engagierter Campus und Gesellschaft. Erste Konferenz zu Service Learning an Schweizer Hochschulen. Information: ben:edu, Universität Basel, Fachstelle für Nachhaltigkeit, Petersplatz 1, 4051 Basel (Schweiz), E-Mail: netzwerk@benedu.ch

6.-8.8.2021 online & Chicago (USA). Revolutionary Sociology: Truth, Healing, Reparations und Reconstructing, 71st Virtual Annual Meeting of the Society of the Study of Social Problems (SSSP). Information: SSSP, 901 McClung Tower, University of Tennessee, Knoxville (USA), E-Mail: sssp@utk.edu

23.-25.8.2021 Wien (Österreich). Post-Corona-Gesellschaft? Pandemie, Krise und ihre Folgen. Gemeinsamer Soziologiekongress Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und Österreichische Gesellschaft für Soziologie (ÖGS). Information: ÖGS, Apostelgasse 23, A-1030 Wien (Österreich), E-Mail: help@sozkongress2021.at

31.8.2021 Olten (Schweiz). Qualität Leichter Sprache – Aspekte guter Kommunikation. Information: Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), Von Roll-Straße 10, 4600 Olten, Tel.: +41 62 957 21 15, E-Mail: anne.parpan@fhnw.ch